

Gut fünfzig neue Stellen für Agrarressort - Energieeffizienzförderung wird aufgestockt

Das Bundeslandwirtschaftsministerium geht gestärkt aus der Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses hervor. Wie der Hauptberichterstatter der CDU/CSU-Fraktion für den Einzelplan 10, Christian Haase, mitteilte, wurden dabei noch einmal deutlich mehr als 20 neue Stellen für das Ministerium vereinbart. Insgesamt beläuft sich der Stellenzuwachs für das Ressort, der sich aus dem Regierungsentwurf und dem parlamentarischen Verfahren zum Bundeshaushalt 2018 ergibt, auf 54. Frisches Geld hat der Haushaltsausschuss für das Bundesprogramm Energieeffizienz in Landwirtschaft und Gartenbau genehmigt. Für 2018 werden die Mittel um 8 Mio Euro auf insgesamt 29 Mio Euro angehoben.

Länderberichte 39

Mindestlohnkommission empfiehlt Anhebung - Landwirtschaft überrascht

Kritisch werten die landwirtschaftlichen Arbeitgeber die Empfehlung der Mindestlohnkommission. Zwar habe man die Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns auf 9,19 Euro pro Stunde ab Januar 2019 erwartet, sagte Geschäftsführer Burkhard Möller. Der Vorschlag, bereits ab Januar 2020 die nächste Erhöhung auf 9,35 Euro vorzunehmen, sei jedoch „völlig überraschend“. Das Bundesarbeitsministerium wird aller Voraussicht nach dem Vorschlag folgen und den Mindestlohn für die kommenden beiden Jahre entsprechend der Empfehlung anheben. Ab dem 1. Januar 2019 gilt auch in der Agrarbranche der gesetzliche Mindestlohn. Derzeit beträgt das tarifliche Mindestentgelt 9,10 Euro.

Länderberichte 3

Rinder- und Schweinebestände gesunken - Immer mehr Tierhalter geben Erzeugung auf

In Deutschland gibt es immer weniger Nutztierhalter, und auch die Tierbestände sinken auf neue Tiefstände. Laut Statistischem Bundesamt gab es am 3. Mai 2018 in Deutschland 26,89 Millionen Schweine; das waren 287 100 Tiere oder 1,1 % weniger als bei der Vorjahreszählung. Die Zahl der Schweinehalter hat binnen Jahresfrist um rund 900 oder fast 4 % auf 22 900 Betriebe abgenommen. Gleichzeitig gingen die Rinderhaltungen um 3 076 oder 2,1 % auf 140 629 Betriebe zurück, wobei die Zahl der Milcherzeuger gegenüber Mai 2017 um 5,0 % auf 63 985 Betriebe überdurchschnittlich stark fiel. Insgesamt war der Rinderbestand um 2,2 % auf 12,09 Millionen Tiere rückläufig.

Markt+Meinung 1

Einkommensbeitrag der Direktzahlungen sichern

Seine Forderungen nach einem stabilen EU-Agrarbudget und dem Erhalt der Direktzahlungen für die landwirtschaftlichen Betriebe hat der Berufsstand auf dem Deutschen Bauerntag in Wiesbaden bekräftigt. „Die Direktzahlungen müssen weiter einen Beitrag zur Einkommensstützung leisten“, betonte DBV-Präsident Joachim Rukwied vor mehr als 600 Landwirten. Er erinnerte daran, dass die Flächenprämien als Ausgleich für die höheren EU-Standards dienen. Die Delegierten gaben indes ein klares Bekenntnis zur EU-Agrarpolitik ab. Die GAP sei für die deutsche und europäische Landwirtschaft existenziell, heißt es in der von ihnen beschlossenen „Wiesbadener Erklärung“. Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner bezeichnete die Direktzahlungen als „eine Basisabsicherung für die Landwirte“. Einer verpflichtenden Kapung bei 100 000 Euro erteilte sie eine Absage. Aufgrund der Kostenvorteile großer Unternehmen bei der Produktion müsse jedoch eine Degression der Beihilfen geprüft werden. Klöckner bekannte sich zur Lokalanästhesie als „viertem Weg“ bei der Ferkelkastration sowie angemessenen Übergangszeiten bei der anstehenden Neuregelung für die Sauenhaltung. Das geplante staatliche Tierwohl-label befindet sich aus ihrer Sicht „auf einem guten Weg“. Zunächst gehe es darum, das nationale Zeichen einzuführen, um anschließend eine EU-weite Lösung anzustreben. Unverändert gefordert sieht die Ministerin die Milchbranche. Diese müsse sich so aufstellen, „dass Marktschwankungen nicht unsere Milchbetriebe sofort in der Existenz gefährden“. Zum neuen DBV-Vizepräsidenten wurde Karsten Schmal gewählt.

Länderberichte 1 und EU-Nachrichten 1